Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes Borken, von Bürgermeisterämtern und Aemtern des Kreises Borken.

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstr. 14, Fernsprech-Sammel-Nr. 3054. — Rhede: Jos. Heinrichs. — Anholt: W. Wolsing. — Werth: Th. Parras. — Isselburg: Johann Welling. Ringenberg: Schniedertöns. — Dingden: Willy Schmitz.

Organ der Zentrumspartei.

Postversandort: Dortmund.

Bocholter-Borkener Volksblatt

Rhedaer Volkszeitung. — Amtliches Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt u. des Landkreises Borken. — Anholter u. Isselburger Zeitung.

Postverlagsort: Bocholt.

Bezugspreise im Monat: Abgeholt von der Geschäftsst. M 2.—, ins Haus gebracht einschl. 35 Pfg. Botenlohn 2.35, durch die Post einschl. 42 Pfg. Bestellg. 2.52. In Fällen höherer Gewalt, wie Streik, Sperre, Betriebsstörung usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung od. Rückzahl.

Anzeigenpreise: Für das einspaltige Millimeter 12 Pfg., lokale Anzeigen 7,7 Pfg. Familienanzeigen 7,7 Pfg., kleine (Gelegenheits-) Anzeigen 6,6 Pfg., behördliche und parteipolitische Anzeigen 10 Pfg. Für den allgemeinen (Zeno-) Teil gelten besondere Tarife. Bei Klageerhebung, Vergleichen, Konkursen fällt der bewilligte Rabatt fort. — Gerichtsstand ist für beide Teile Bocholt.

Nummer 281 | Montag, den 10. Oktober 1932 | Jahrgang 1932

Tagesfragen.

Beginn des Prozesses Preußens gegen das Reich. Heute beginnt in Leipzig vor dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich die Verhandlung in dem Verfassungsstreit zwischen Preußen und dem Reich, in dem nach fast drei Monaten das zentrale Problem der gesamten Politik des Kabinetts von Papen rechtlich aufgerollt werden wird. Von der Entscheidung des Staatsgerichtshofes, der höchsten Instanz, die nach Art. 19 der Reichsverfassung in Verfassungsstreitigkeiten zwischen einem Land und dem Reich zuständig ist, hängt in weitem Umfange die Stellung der Reichsregierung ab, die durch die zahlreichen Maßnahmen, die sie in den vergangenen Monaten durchführte, tiefgreifende Veränderungen auf dem Gebiete der Politik und der Verwaltung vollzogen hat. Wie hoch Reich und klagende Parteien die Streitsache einschätzen, erhellt schon aus der Tatsache, daß eine Reihe der prominentesten deutschen Staatsrechtslehrer als Vertreter der Prozeßparteien fungieren. Kläger gegen das Reich sind die Mitglieder des Kabinetts Braun, die sozialdemokratische und die Zentrumsfraktion des Preußischen Landtages, die Länder Bayern und Baden. Die beiden letztgenannten Parteien fordern vom Staatsgerichtshof eine prinzipielle Entscheidung über die Grenzen des Eingriffsrechts des Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 Absatz 1 und 2. Die von Preußen beantragte einstweilige Verfügung ist vom Staatsgerichtshof bekanntlich vor zwei Monaten mit der Begründung abgelehnt worden, daß sie die Entscheidung in der Hauptsache vorwegnehmen würde. Es ist damit zu rechnen, daß bei Beginn des Prozesses zuerst der sogenannte politische Tatsachenteil des Streitverfahrens erörtert wird. Dabei handelt es sich also vor allem um die tatsächlichen Vorgänge am 20. Juli und um die Frage, welche Tatsachen vorgelegen haben, die das Reich zu seinem Vorgehen gegen Preußen veranlaßten. Erst im Anschluß daran dürfte dann der theoretische Teil der staatsrechtlichen Möglichkeiten des Artikels 48 der Reichsverfassung erörtert werden. Das Urteil, zu dem der Staatsgerichtshof gelangen wird, wird von größter politischer Bedeutung sein. Es wird die Grundlage für die Gestaltung der Politik bilden, die das Reich im Hinblick auf Preußen treiben kann, und damit direkt alle die Fragen berühren, die mit dem durch die Einsetzung des Reichskommissars aufgeworfenen Problem der Neugestaltung des Verhältnisses zwischen Preußen und dem Reich akut geworden sind. Einen Prozeß von so gewaltiger staatsrechtlicher und politischer Bedeutung hat es im Deutschen Reiche noch nicht gegeben.

★

Ein Erlaß zu Gunsten der Hitler-Jugend. Das preußische Unterrichtsministerium hat, wie erst jetzt öffentlich bekannt wird, am 23. September, acht Tage vor dem Reichstreffen der Hitler-Jugend in Potsdam, einen Erlaß über die „Zugehörigkeit von Schülern und Schülerinnen zu einer Jugendorganisation der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei" an die Provinzialschulkollegien gerichtet. Der Erlaß hat folgenden Wortlaut:

„Die geltenden Bestimmungen über die Zugehörigkeit von Schülern und Schülerinnen zu Vereinigungen und die Teilnahme an ihren Veranstaltungen verbieten nicht die Zugehörigkeit zu einer Jugendorganisation der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und die Teilnahme an den Veranstaltungen dieser Jugendorganisationen. Sofern in entgegengesetzter Auslegung solche Verbote ausgesprochen sind, sind sie rückgängig zu machen."

Der Erlaß, der von dem mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Kultusministers beauftragten Staatssekretär Lammers unterzeichnet ist, muß in Eltern- und Schulkreisen stärkstes Befremden erregen. Das Ministerium tritt darin offensichtlich dem Vorgehen von Schulleitern entgegen, die Verbote für die Teilnahme von Schülern an nationalsozialistischen Jugendorganisationen aus dem Bemühen heraus, ihre Schule und die ihr anvertrauten Schüler und Schülerinnen vor politischen Streitigkeiten und Abhaltung von den Schulaufgaben zu bewahren, und auch durchaus im Einklang mit der „Schulordnung für öffentliche höhere und mittlere Schulen" haben ergehen lassen. Diese durch Ministerialerlaß eingeführte Schulordnung vom 15. April ds. Js. bestimmt in ihrem Paragraphen 19 Absatz 3 folgendes:

„Für die Zugehörigkeit der Schüler zu außerschulischen Vereinen und für den Besuch ihrer Veranstaltungen tragen die Erziehungsberechtigten die Verantwortung. Es ist den Schülern indes verboten, solchen Vereinigungen anzugehören und an ihren Veranstaltungen teilzunehmen, die sich nach ihren Satzungen oder nach ihrer Betätigung gegen den Staat und die geltende Staatsform richten, seine Einrichtungen bekämpfen oder Mitglieder der Regierung des Reiches oder eines Landes verächtlich machen, die verfassungsmäßigen Rechte der Deutschen mißachten, Glieder der deutschen Volksgemeinschaft ihrer Abkunft, ihres Glaubens oder ihres Bekenntnisses wegen bekämpfen, oder die sonst in ihren Bestrebungen und Zielen die Erziehung zum Bürger der Deutschen Republik im Sinne des Artikels 148 der Reichsverfassung gefährden."

Nach Sinn- und Wortlaut dieser Schulordnung müßte die Zugehörigkeit zu nationalsozialistischen Organisationen jeder Art für Schulkinder verboten sein. Denn nahezu alle Merkmale die da aufgezählt sind, treffen für die „Hitler-Jugend" und die NSDAP zu. Die Entpolitisierung der Schule ist eine der Forderungen, die seit Jahren von verständigen Leuten immer wieder erhoben werden. Es ist darum unbegreiflich, daß das preußische Kultusministerium es nunmehr für notwendig erachtet hat, für die politische Radikalisierung der Schuljugend die letzten Schranken wegzunehmen.

★

Woher die Mittel? In seiner Rede auf dem Verbandstag des Provinzialverbandes niederschlesischer ländlicher Genossenschaften in Breslau hat der Reichsernährungsminister Freiherr von Braun angekündigt, daß die Gläubiger der im Osthilfeverfahren befindlichen Betriebe, statt zu 25 Prozent durchschnittlich zu 40 Prozent in bar entschädigt werden sollen. So sehr es diesen Gläubigerkreisen zu wünschen ist, daß sie, nachdem sie bisher schon schwer geschädigt worden sind, möglichst bald statt der Entschuldungsbriefe Barmittel für ihre akkordierten Forderungen erhalten, so sehr muß man doch die Frage aufwerfen, wie diese neuen Summen seitens des Reiches vorfinanziert werden sollen. Nach der „Germania" spricht man davon, daß dies in Form von Schatzanweisungen geschehen soll, sicher aber sei, daß diese Gelder ebenfalls durch neue Kreditaufnahme des Reiches beschafft werden sollen. Das Blatt nennt dies mit Recht ein Verfahren, das nachgerade beängstigende Formen annehme, zumal wenn man bedenke, daß der laufende Reichsetat mit Bestimmtheit wieder ein großes Defizit aufweise. Es sei an der Zeit, daß die Regierung nun bald erkläre, wie lange sie durch die Aufnahme immer neuer Kredite noch den Haushalt zu belasten gedenke. Es sei unmöglich, daß in derselben Weise wie bisher noch lange weiter fortgefahren werden könne, ohne den Reichsetat schwer zu gefährden, und es sei nicht angängig, jetzt vor den Wahlen Versprechungen über Versprechungen zu machen und Wechsel auf die Zukunft zu ziehen, deren Erfüllung ein schweres Hindernis für den dauerhaften Aufstieg der Wirtschaft sein müßten, der nur erfolgen könne, wenn eine ordnungsgemäße Balanzierung der öffentlichen Haushalte sichergestellt sei. Dies sind Bemerkungen, denen man nur zustimmen kann. Man kann sich dem Eindruck nicht mehr entziehen, daß die vorsichtige Finanzpolitik des Kabinetts Brüning einer unbekümmerteren Art des Geldausgebens gewichen ist, die ernsteste Bedenken erregen muß. Wie der Reichsfinanzminister darüber denkt, ist uns nicht bekannt. Es scheint uns aber nicht von ungefähr zu sein, daß sich trotz immer wiederholter Dementis von „unterrichteter Seite" in politischen Kreisen Gerüchte über Unstimmigkeiten im Kabinett halten. Ende der vergangenen Woche sprach man übrigens in Berlin im Zusammenhang mit den handelspolitischen Konflikten mit Holland und Italien von dem bevorstehenden Rücktritt des Reichsernährungsministers Freiherrn von Braun, gegen den im Reichskabinett eine erhebliche Verstimmung herrschen soll. Auch das ist natürlich prompt dementiert worden, obwohl schon offen Herr von Knebel-Döberitz auf Friedrichsdorf als sein Nachfolger genannt wurde.

Die Fünferkonferenz noch immer zweifelhaft.

Frankreich nach wie vor gegen die Beratung der Gleichberechtigungsfrage.

Die deutsche Antwort an England.

◇ **Berlin**, 8. Oktober.

Der Wortlaut der deutschen Antwortnote auf die englische Einladung, an einer Konferenz zur Beilegung der Abrüstungsstreitigkeiten in London teilzunehmen, wird nicht veröffentlicht. Wie verlautet, erklärt die deutsche Regierung jedoch in der Note ihre Bereitwilligkeit, mit den eingeladenen Mächten in einem offenen Meinungsaustausch über eine zweckmäßige und billige Lösung der auf der Abrüstungskonferenz entstehenden Schwierigkeiten einzutreten.

Als Ausgangspunkt für die Aussprache wird die Schlußerklärung von Lausanne angesehen, in der festgestellt wurde, daß auch andere aktuelle Fragen als die Reparationsfrage im Wege eines Meinungsaustausches zur Herstellung und Förderung des Friedens und des Vertrauens zwischen den Völkern im Geiste des Ausgleiches, der Zusammenarbeit und der Gleichheit geregelt werden können.

Dagegen wird festgestellt, daß als Grundlage der Aussprache die englische und französische Note auf den deutschen Schritt schlecht geeignet seien. Die deutsche Note vermeidet es jedoch, einen pessimistischen Ton anzuschlagen und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß es möglich sein werde, die Gründe zu beseitigen, die zu dem Fernbleiben Deutschlands von der Abrüstungskonferenz geführt hätten.

Bezüglich des Zeitpunktes der Konferenz wird erklärt, daß der ursprünglich in Aussicht genommene Zeitpunkt infolge der Tagung der Bundesratsversammlung des Völkerbundes in Genf nicht geeignet erscheine, statt dessen wird vorgeschlagen, einen späteren Termin zu wählen.

★

Günstiger Eindruck in London.

○ **London**, 9. Oktober.

Die Angaben, die von der Presse über den Inhalt der deutschen Antwort auf die britische Einladung zur Teilnahme an den Abrüstungsbesprechungen in London gemacht werden, heben den zustimmenden Charakter der deutschen Note und den Wunsch Deutschlands hervor, die Abrüstungskonferenz erfolgreich zu sehen.

Es wird betont, daß der Inhalt der Note „dem britischen Vorschlag vollkommen günstig gesinnt ist."

Allgemein wird unterstrichen, daß die deutsche Regierung die Schlußentschließung der Lausanner Konferenz zur Erörterungsgrundlage nimmt und daß nach Ansicht Deutschlands die Londoner Konferenz in dem Geiste abgehalten werden müßte, der zur Endregelung des Reparationsproblems führte. Zugleich wird darauf hingewiesen, daß die deutsche Regierung sich von einer Konferenz, die auf dem französischen und dem britischen Memorandum fußt, kaum eine Regelung der Streitfrage verspricht.

Auch in der amtlichen Stellungnahme wird betont, daß die deutsche Regierung dem von der britischen Regierung vorgeschlagenen Meinungsaustausch günstig gesinnt ist. Zwischen den Zeilen der inspirierten Verlautbarungen, die ziemlich unvermittelt jetzt auch eine französische „Antwort" erwähnen, ist zu lesen,

daß von französischer Seite Schwierigkeiten bezüglich des Zusammenkunftsortes gemacht werden, und daß von britischer Seite möglicherweise nicht auf London als Zusammenkunftsort bestanden werden könnte.

Jedenfalls sind die Worte, daß nach britischer Auffassung das Wichtigste, die baldige Aussicht einer solchen Erörterung ist, „wo auch immer sie stattfindet", in diesem Sinne aufzufassen. Es wird hinzugefügt, daß der „beste Platz für die Zusammenkunft weiterhin erörtert wird", und daß, „wenn ein allgemeiner Wunsch besteht, die Kluft zu überbrücken, die Fragen des Orts und des Zeitpunktes leicht geregelt werden müßten."

★

Bevorstehende Zusammenkunft Herriots mit MacDonald.

Die Verhandlungen zwischen London und Paris.

Paris, 9. Oktober.

Wie Havas berichtet, dauern die Verhandlungen zwischen Paris und London zwecks nützlicher Maßnahmen zur Wiederaufnahme der Arbeiten der Abrüstungskonferenz an. Der englische Botschafter Lord Tyrrell stattete gestern nachmittag dem Ministerpräsidenten Herriot einen Besuch ab. Es sei natürlich, so heißt es in der Havas-Auslassung weiter, daß die englische Regierung, im Besitze der deutschen Antwort auf den Vorschlag des Zusammentritts einer Fünferkonferenz, die Auffassung des französischen Ministerpräsidenten kennen lernen wollte. Obwohl in französischen Kreisen vollkommene Diskretion gewahrt werde, so verstehe es sich doch von selbst, daß die Haltung Herriots dieselbe geblieben sei, wie sie in seiner Antwort auf die Einladung MacDonalds zum Ausdruck komme, nämlich, daß das ganze Programm der Rüstungsgleichheit ebenso wie das der Sicherheit von Grund auf durch die jetzige Abrüstungskonferenz unter Beteiligung aller interessierten Staaten behandelt werden müsse. Wenn andererseits MacDonald einen vorherigen Meinungsaustausch mit Herriot für notwendig erachte, wie dies die englische Presse ankündige, so werde der französische Ministerpräsident gern zu diesem Zweck nach London kommen. Aus englischer Quelle versichere man sogar, daß diese Begegnung der beiden Ministerpräsidenten für nächsten Mittwoch ins Auge gefaßt sei.

An zuständiger französischer Stelle wird erklärt, daß die in Paris verbreitete Nachricht, die französische Regierung habe der britischen Regierung geantwortet, daß sie einer Beratung über die Gleichberechtigungsfrage günstig gegenüberstehe, nicht den Tatsachen entspreche. Anscheinend ist man in hiesigen maßgebenden Kreisen der Ansicht, daß der ursprüngliche MacDonaldsche Plan, eine Vierer- oder Fünferkonferenz nach London einzuberufen, nicht mehr bestehe, und daß im Falle einer Fortführung der Verhandlungen hierüber die französische Regierung darauf bestehen würde, daß die Beratung in Genf stattfinde.

Ministerpräsident Herriot hatte gestern eine einstündige Unterredung mit dem auf der Durchreise nach Genf in Paris befindlichen Vorsitzenden der Abrüstungskonferenz, Henderson. Die amtliche, über die Unterredung herausgegebene Mitteilung lautet: Im Verlauf der Aussprache wurden verschiedene Fragen geprüft, die auf dem Programm der nächsten Sitzungen des Büros der Abrüstungskonferenz stehen, um die Fortsetzung des unternommenen Werks zu erleichtern.

★

Oesterreich nicht gegen die Konferenz der Großmächte.

Völlig entstellte Wiedergabe des Gesprächs zwischen Pfluegl und Paul Boncour.

◇ **Wien**, 9. Oktober.

Das „Journal des Nations" und mit ihm einige auswärtige Blätter schreiben, obwohl die Londoner Konferenz endgültig begraben sei und Genf nunmehr

Die Länder sollen die Beamtengehälter kürzen!

Eine neue Konferenz der Finanzminister der Länder?

— **Schwerin**, 8. Oktober.

Der Mecklenburg-Schweriner Ministerpräsident Granzow hat den Finanzministern der Länder schriftlich den Vorschlag unterbreitet, am 15. Oktober in Berlin zu einer Besprechung zusammenzutreten, um über Sparmaßnahmen zu beraten, die die Haushalts- und Kassenlage aller Länder dringend erfordere. In dem Schreiben des Ministerpräsidenten heißt es:

Die am 4. und 5. Oktober im Reichsfinanzministerium erfolgte Aussprache des Sparausschusses hat zu nennenswerten Ergebnissen nicht geführt. Wesentliche Ersparnisse sind daraus nicht zu erwarten. Das Reichsfinanzministerium hat sich bei diesen Verhandlungen auf den Standpunkt gestellt,

daß die Länder sich selbst helfen müßten und gegebenenfalls Kürzungen der Beamtenbezüge vornehmen müßten, wenn das Reich eine Kürzung nicht vornehme.

Da die Etat- und Kassenlage wohl aller Länder dringend alsbaldige Sparmaßnahmen erfordert, vom Reich aber einstweilen ein Vorgehen auf diesem Gebiet nicht zu erwarten ist, so

erscheint es notwendig, daß die Finanzminister der Länder unter sich zu einer Besprechung zusammentreten, um die notwendig werdenden Schritte unter sich zu beraten mit dem Ziel, einen gemeinsamen Schritt beim Reich zu unternehmen.

Das unterzeichnete mecklenburgische Finanzministerium erlaubt sich, die Bitte zu richten, die Finanzminister der Länder zu einer solchen Besprechung in Berlin zusammenzurufen, und schlägt als Termin, da Eile notwendig ist, den 15. Oktober d. J. vor.

★

Freimachung von parlamentarischen Bindungen.

Der württembergische Finanzminister legt sein Mandat nieder.

— **Stuttgart**, 8. Oktober.

Der deutschnationale württembergische Finanzminister Dr. Dehlinger hat heute sein Landtagsmandat mit folgendem Schreiben an den württembergischen Landtagspräsidenten niedergelegt. In dem Schreiben heißt es u. a.:

Die Finanzlage des Reiches hat sich durch den dauernden Rückgang der Reichseinnahmen immer mehr verschlechtert und sich in den letzten Jahren in steigendem Maß auch auf unser Land bedrohlich ausgewirkt. Wegen des Ausbleibens von Reichshilfe bereitet die Deckung des Staatshaushalts durch Beschaffung von Einnahmen und durch Kürzung von Ausgaben immer größere Schwierigkeiten, Meinungsverschiedenheiten und Interessengegensätze. Als verantwortlicher Leiter der württembergischen Finanzpolitik habe ich im Widerstreit der Volksmeinung in verstärktem Grad die Belange des Staates, des ganzen Volkes und der Gesamtheit der Steuerzahler zu vertreten. Bei Erfüllung dieser Pflicht und in dem Bestreben, den bisher gehabten Kredit dem Staat auch für die Zukunft zu erhalten, können sich daraus für mich Rückwirkungen ergeben. Das veranlaßt mich, mich von parlamentarischen Bindungen freizumachen, die aus einer Landtagsmitgliedschaft entstehen können.

als einzig möglicher Ort für die von MacDonald in Aussicht genommene Vier- oder Fünfmächte-Besprechungen angesehen werde, habe der französische Kriegsminister Paul Boncour gestern einen wahrhaft sympathischen Besuch erhalten. Es handele sich um den Besuch des neuen österreichischen Gesandten Pfluegl, der Boncour, ähnlich wie der tschechoslowakische und der südslawische Delegierte, die Besorgnisse der österreichischen Regierung wegen eventueller Verlegung der Abrüstungsbesprechungen nach London zum Ausdruck gebracht habe. Pfluegl habe die Ansicht vertreten, daß diese Besprechungen sich unbedingt im Rahmen der Genfer Institutionen abspielen müßten.

Diese Meldungen entsprechen in keiner Weise dem tatsächlichen Sachverhalt. Der ständige Vertreter Oesterreichs beim Völkerbund, Gesandter Pfluegl, hat vielmehr gestern, ohne irgendwelchen Zusammenhang mit vollkommen andersgearteten Unterredungen von Vertretern anderer Staaten mit Paul-Boncour, den gegenwärtigen Leiter der französischen Völkerbundsdelegation, Paul-Boncour, aufgesucht, um mit ihm die weitere Behandlung der österreichischen Anleihe zu besprechen. Bei dieser Gelegenheit hat Gesandter Pfluegl Paul-Boncour lediglich darauf aufmerksam gemacht, daß, wenn zu der angeblich bevorstehenden Fünfmächtekonferenz andere als die Großmächte beigezogen werden sollten, Oesterreich darauf bestehen müßte, ebenfalls zu den Besprechungen eingeladen zu werden. Aus dieser tatsächlichen Feststellung ergibt sich sowohl die Unrichtigkeit der eingangs erwähnten Meldungen wie der an sie geknüpften Kommentare.

Eine friedliche Rede Herriots im Elsaß.

)(**Paris**, 9. Oktober.

Bei der Einweihung des großen Kraftwasserwerks in Kembs, der Gedenkfeier für die Gefallenen am Hartmannsweiler Kopf und derjenigen auf dem tschechoslowakischen Ehrenfriedhof in Cernay wurden eine Reihe von Reden gehalten, von denen die Rede Herriots besonderes Interesse verdient. Die Fertigstellung des Kraftwerkes in Kembs war für Herriot die Gelegenheit, seine Freude über die Rückkehr des Elsaß zu Frankreich auszudrücken. Die französischen Ostprovinzen seien französisch und blieben es.

Der Ministerpräsident sprach dann von der Mitarbeit der französischen Regierung an der Organisierung des Friedens und der Sicherheit. Frankreich, so betonte er, würde sich freuen, wenn es seine Bemühungen mit denjenigen eines anderen arbeitsamen Volkes verbinden könnte, das ebensolches Interesse an der Wiederaufrichtung der europäischen und der Weltwirtschaft habe. In Genf sei die französische Regierung damit beschäftigt einen Plan zur Organisierung des Friedens und der Abrüstung aufzustellen, der sofort nach der Annahme durch den obersten französischen Verteidigungsrat und den Ministerrat den Mächten unterbreitet werden solle. Frankreich wünsche eine aufrichtige und ehrliche Verständigung.

Auf dem tschechoslowakischen Ehrenfriedhof ergriff Außenminister Benesch das Wort. Er erinnerte an die Dienste, die die tschechoslowakischen Truppen Frankreich während des Krieges geleistet hätten. Das österreichisch-ungarische Reich, das durch die unterirdische Arbeit der Tschechen in seiner ganzen inneren Organisation und in seiner Wehrmacht schwer erschüttert worden sei, habe schon damals die Stunde des endgültigen Zusammenbruchs schlagen hören. Die Toten, die in elsässischer Erde ruhten, ruhten in Muttererde, denn für sie sei Frankreich, dem die Tschechoslowakei die Wiedervereinigung verdanke, ein zweites Vaterland.

Der Präsident der Republik, Lebrun, hielt gleichfalls eine Ansprache, in der er erklärte, der Rhein bilde für Ostfrankreich, Westdeutschland und die Schweiz ein machtvolles Instrument der Entwickelung und des Fortschritts. Zum Schluß erhob der Präsident der Republik sein Glas auf ein Elsaß, dessen doppelte Aufgabe sei, an der Schwelle des Vaterlandes Wache zu halten und an den Ufern des Rheins einen Brennpunkt französischer Zivilisation zu bilden.

Die weitere Reise führte den Präsidenten und Herriot nach Mühlhausen, wo ein Empfang im Rathause stattfand. Herriot betonte in einer Ansprache Frankreichs Willen, für den Frieden zu arbeiten. Als Beweis für die Förderung der Beziehungen unter den Völkern müsse auch der heute vormittag eingeweihte Kanal von Kembs gelten. Ein solches, an der Grenze errichtetes Werk müsse aller Welt den Friedenswillen Frankreichs vor Augen führen. Wenn Frankreich nicht den Wunsch hätte, daß dieser Friede hergestellt würde, würde es dann soviel Geld für Arbeiten an der Grenze ausgeben?

Der Präsident der Republik, Lebrun, ergriff dann das Wort und betonte, die französische Regierung zeige in Wort und Tat, daß sie gewillt sei, durch internationale Zusammenarbeit vertrauensvolle Beziehungen wieder herzustellen, die wesentlich für das Wiederaufleben der Geschäftstätigkeit und die Beseitigung der Arbeitslosigkeit seien.

Lebrun begab sich, von den Ministern begleitet, von Mühlhausen nach dem Hartmannsweiler Kopf, wo eine Gedächtnisfeier veranstaltet wurde.

Japanisches Bündnisangebot an Frankreich?

)(**London**, 9. Oktober.

Wie „Sunday Times" meldet, hat die japanische Regierung vor einiger Zeit Frankreich ein formelles Bündnisangebot gemacht. Dieses sei vom Quai d'Orsay sorgfältig geprüft worden. Nachdem aber ein älterer französischer Diplomat, der große Erfahrungen in fernöstlichen Fragen besitze, seine Meinung dahin geäußert habe, daß es nicht mit der Ehre Frankreichs zu vereinbaren sei, das Angebot anzunehmen, sei der Gedanke fallen gelassen worden, auf das japanische Angebot einzugehen.

Ergänzend hierzu wird berichtet, daß das französische Mitglied des Lytton-Ausschusses, General Claude, von vornherein japanfreundlich gewesen sei und immer wieder seine Zustimmung verweigert habe, wenn die anderen Mitglieder ihre Schlüsse aus dem Beweismaterial hätten ziehen wollen. Im Interesse der Einigkeit habe der Ausschuß sich daher darauf beschränkt, die Tatsachen in einem milden Lichte darzustellen und sich entscheidender Rückschlüsse enthalten.

Sozialistische Erfolge bei den belgischen Gemeindewahlen.

× **Brüssel**, 9. Oktober.

Die heute in ganz Belgien durchgeführten Gemeindewahlen sind vollkommen ruhig verlaufen. Nach den bis 8 Uhr abends vorliegenden Ergebnissen hat die Sozialistische Partei in etwa 20 Gemeinden die absolute Mehrheit erreicht, wogegen sie in nur einer Gemeinde ihre Mehrheit verloren hat. Die sozialistischen Wahlerfolge sind vor allem in landwirtschaftlichen Gegenden und in Limburg zu verzeichnen, die aus den großen Städten vorliegenden Wahlergebnisse sind gleichfalls für die Sozialisten günstig. Die Kommunisten haben, abgesehen von Verviers, nirgends nennenswerten Fortschritt erzielt.

Die Ueberfüllung der akademischen Berufe.

Entschließung des 7. Deutschen Hochschultages.

— **Danzig**, 8. Oktober.

Der 7. Deutsche Hochschultag ist heute zu Ende gegangen. Die Meinungen und Anregungen, die sich aus den kulturpolitischen Vorträgen, Referaten und Diskussionen während mehrerer Arbeitssitzungen ergaben, hat der Hochschultag heute in einer einheitlichen Resolution zusammengefaßt. Sie ist der Niederschlag des Wunsches, die Verpflichtung aufzuzeigen, die die deutschen Hochschullehrer gegenüber Volk und Staat in der gegenwärtigen Not haben. Die Entschließung hat folgenden Wortlaut:

Der 7. Deutsche Hochschultag in Danzig bekennt sich zu den Pflichten der deutschen Hochschulen gegenüber Volk und Staat, insbesondere angesichts der seelischen und materiellen Not der akademischen Jugend.

1. Die furchtbaren Tatsachen der Ueberfüllung und des verengten Lebensraumes müssen in ihren Auswirkungen von den Hochschulen in Zusammenarbeit mit allen anderen das Leben der Jugend bestimmenden Kräften bekämpft werden. So ist die unerläßliche Auslese zu den akademischen Berufen gleichmäßig von den höheren Schulen auf allen Stufen wie von den Hochschulen zu leisten.

2. In den Fragen der Vorbildung zum akademischen Studium, wie in der Ausbildung der zukünftigen Lehrer an den höheren Schulen sind die Hochschullehrer und die Philologenschaft aufeinander angewiesen. Ihre notwendige Zusammenarbeit wird erneut betont.

3. Die Stellung der akademischen Berufe im Volke und damit die Sonderart der verschiedenen Schulstufen und Schularten soll unter erhöhter Würdigung der Bedeutung der praktischen Berufe für das Leben bestimmt werden. In diesem Sinne hat der Verband der Deutschen Hochschulen durch seinen Schulausschuß Leitsätze ausarbeiten lassen, die der Hochschultag billigt.

4. In diesen Leitsätzen wird auch Stellung genommen zur Frage der Vereinfachung der Schultypen im Sinne der Pflege eines einheitlichen Bildungsgutes und vertiefter Vorbildung zu den Hochschulen. Diese Sätze sind als grundsätzliche Direktiven gedacht.

5. Der Hochschultag erblickt in der von der Reichsregierung beabsichtigten Einführung eines pflichtmäßigen Werkjahres für die Abiturienten vor Beginn eines akademischen Studiums eine wertvolle Weiterführung ihrer menschlichen und nationalen Erziehung. (Gegen das Werkjahr bestehen, soweit die künftigen Theologen darunter fallen, auf katholisch-kirchlicher Seite bekanntlich erhebliche Bedenken, die mit dem Konkordat zusammenhängen. Die Redaktion.) Die bleibende Bedeutung des Werkjahres liegt in der Heranbildung zur Volksgemeinschaft in Zucht und Kameradschaftlichkeit. Gleichzeitig ermöglicht es eine Ueberprüfung der Eignung zum akademischen Studium von einem neuen Standpunkt aus. Die zum Hochschultag versammelten Vertreter der deutschen Hochschulen erklären sich bereit, an einer sinnvollen Gestaltung des Werkjahres nach Kräften mitzuarbeiten.

6. Der Ausbau an den Hochschulen soll von den Fakultäten und Prüfungskommissionen durch schärfere Handhabung der Prüfungen fortgesetzt werden. Schon die Pflichtprüfungen bedürfen ernsterer Behandlung. Von dem kollegialen Zusammenwirken wird allgemein eine zweckmäßigere Ausgestaltung und Handhabung des Prüfungswesens erwartet.

7. Zur vollen Entfaltung ihrer wissenschaftlichen, berufsbildenden und erzieherischen Kräfte bedürfen die Hochschulen der inneren und äußeren Freiheit. Der Hochschultag erwartet deshalb auch von einer Reform der Reichs- und Länderverwaltung die unerläßlichen Sicherheiten zur Erfüllung der den Hochschulen eigentümlichen überparteilichen Aufgaben. Zu einer staatspolitischen Zusammenfassung zu größeren Einheiten bedürfen wir der landschaftlichen und individuellen Gegengewichte, die wir in der Stärkung der Selbstverwaltung und der landschaftlichen Verbundenheit dieser Selbstverwaltung erblicken. Die damit verbundene erhöhte Verantwortung sind die deutschen Hochschullehrer bereit, im Dienste von Volk und Staat zu tragen.

Keine Aufhebung der Sozial- und Invalidenrentenkürzung.

× **Berlin**, 9. Oktober.

Von zuständiger Stelle wird (wie wir bereits in einem Teil unserer Auflage gemeldet haben) erklärt, daß die Pressemeldung, vom Kabinett sei die Aufhebung der Kürzung der Sozial- und Invalidenrenten beabsichtigt, falsch sei. Eine solche Aufhebung würde eine erhebliche Mehrbelastung des Reichshaushaltes bedeuten. Richtig sei, daß der Reichsarbeitsminister den Mitgliedern des Sozialpolitischen Ausschusses der deutschnationalen Reichstagsfraktion erklärt habe, es sei nicht beabsichtigt, die Arbeitnehmer zu belasten, sondern man wolle alles zur Verminderung der Arbeitslosigkeit tun. Ferner sei richtig, daß der Reichsarbeitsminister die Erfüllung der deutschnationalen Forderungen auf Erhöhung der Unterstützungssätze für den Winter in Aussicht gestellt habe.

Die Kosten des freiwilligen Arbeitsdienstes.

Halle a. d. Saale, 9. Oktober.

Reichsarbeitsminister Schäffer besichtigte am Sonnabend in Begleitung des Reichskommissars für den freiwilligen Arbeitsdienst, Präsidenten Syrup, die sozialen Einrichtungen und die Maßnahmen des freiwilligen Arbeitsdienstes des Stahlhelms in und bei Halle.

Im Anschluß führte der Reichsarbeitsminister in einer Ansprache aus, die Reichsregierung sei sich selbstverständlich klar darüber, daß der freiwillige Arbeitsdienst, Notstandsarbeiten und Kreditmaßnahmen nur Palliativmittel seien. Die Hauptsache bleibe die Anregung des Unternehmergeistes. Es möge sein, daß die eine oder andere der verschiedenen von der Regierung in diesem Sinne getroffenen Maßnahmen nicht den erhofften Erfolg habe; aber im ganzen lasse sich doch erkennen, daß das Programm wohl erfolgreich sei. Jedenfalls sei der saisonmäßige Rückgang nach der Septemberstatistik unterblieben. Vielmehr sei im Gegenteil eine kleine Belebung festzustellen. Er habe das Vertrauen zur deutschen Wirtschaft, daß sie nicht verzage und nicht versage.

Präsident Syrup machte Ausführungen über den Stand des freiwilligen Arbeitsdienstes, seine Kosten und Probleme. Der Gedanke des freiwilligen Arbeitsdienstes, erklärte er u. a., hat sich durchgesetzt. Vor einem Jahre waren es 300 Arbeitswillige in Deutschland, im Juli d. J. 40 000 und heute ist die Zahl 200 000 überschritten. Dies dürfte die Jahresdurchschnittszahl für den freiwilligen Arbeitsdienst bleiben. Die Beschäftigung dieser Zahl bedeutet einen Aufwand von 120 Millionen aus Reichsmitteln. Damit ist aber der freiwillige Arbeitsdienst erst Dreifünftel finanziert. Die Zweifünftel Restkosten von 80 Millionen sind von den Trägern der Arbeiten aufzubringen. Ein Arbeitsdienstwilliger kostet also im Jahre rund 1000 RM. Ein Jahrgang Jugendlicher im Alter von 18 bis 25 Jahren umfaßt nach Abzug von fünf bis zehn vom Hundert Untauglicher etwa 500 000 Mann; seine Beschäftigung im freiwilligen Arbeitsdienst würde einen jährlichen Aufwand von 500 Millionen bedeuten.

Augenblicklich sind an Arbeiten in Ausführung: an Bodenverbesserungen und Wasserregulierungen 1250 Maßnahmen, an Verkehrsverbesserungen, besonders Verbesserungen ländlicher Verkehrs- und Forstwege 1050 Arbeiten, Wald- und Forstarbeiten über 500, Siedlungen etwa 300.

Wer darf in den Staatsforsten jagen?

— **Berlin**, 9. Oktober.

Im Zusammenhang mit dem Schreiben des preußischen Landtagspräsidenten Kerrl an den Staatssekretär im Preußischen Landwirtschaftsministerium Dr. Mussehl, in dem Beschwerde darüber geführt wurde, daß dem Reichstagspräsidenten Göring nicht das erforderliche Entgegenkommen auf seine Jagdwünsche (die bekanntlich auf einen dicken Hirsch in der Schorfheide hinausliefen) gezeigt worden sei, sind in der Presse verschiedentlich Erörterungen darüber geführt worden, wer das Recht des Abschusses von Wild in den Staatsforsten besitzt.

Von unterrichteter preußischer Regierungsseite wird dazu erklärt: Abschußberechtigt sind die Forstbeamten, wenn sie die Genehmigung ihres direkten Vorgesetzten eingeholt haben, also der Förster die des Oberförsters und der Oberförster die des zuständigen Forstrates. Die Forstbeamten dürfen ihr Abschußrecht an Gäste übertragen. Ferner sind abschußberechtigt die Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten, diese aber nur für ihre eigene Person. Schließlich ist auch der Landwirtschaftsminister abschußberechtigt, der ebenfalls sein Schußrecht auf Gäste übertragen darf.

Die Behauptung Kerrls, daß nach der Information Görings dem Ministerpräsidenten Braun in der Romintener Heide ein Hirsch zugewiesen worden sei, trifft nicht zu. Braun hat in diesem Jahre keinen Hirsch zugeteilt erhalten.

Kaas-Rede in Münster erst am 17. Oktober.

Die Kundgebung der Deutschen Zentrumspartei in Münster, in der Prälat Dr. Kaas spricht und zu der die Einladungen bereits ergangen sind, ist, wie wir bereits in einem Teil der Auflage mitgeteilt haben, um 8 Tage verschoben worden und wird nunmehr am Montag, dem 17. Oktober, stattfinden. Die für Freitag versandten Einladungen behalten Gültigkeit für Montag.

Die Reichstagskandidaten des Zentrums im Wahlkreis Düsseldorf-Ost.

— **Düsseldorf**, 9. Oktober.

Die Wahlkreis-Vertreterversammlung der Zentrumspartei im Wahlkreis Düsseldorf-Ost trat gestern nachmittag hier zur Kandidatenaufstellung zusammen. Nach kurzer Aussprache wurde beschlossen, einer Anregung der Reichsparteileitung und des Provinzialausschusses der Rheinischen Zentrumspartei Folge zu leisten und die Kandidatenliste der Reichstagswahl am 31. Juli unverändert für die Wahlen am 6. November gutzuheißen. Danach stehen auf dem Wahlvorschlag des Zentrums für Düsseldorf-Ost an den ersten zehn Stellen folgende Kandidaten:

1. Dr. Heinrich Brüning, Reichskanzler a. D., Berlin.
2. Johannes Giesberts, Reichspostminister a. D., Berlin.
3. Helene Weber, Ministerialrat, Berlin.
4. Peter Schlack, Genossenschaftsdirektor, Köln.
5. Ernst Schnitzler, Kaufmann und Industrieller, Düsseldorf.
6. Wilhelm Sickers, Gewerkschaftssekretär, Essen.
7. Joseph Bertrams, Landwirt, Ratingen.
8. Georg Wagner, Schriftleiter, Düsseldorf.
9. Wilhelm Deutsch, Rektor, Wiesdorf-Leverkusen.
10. Anna Stecher, Näherin, Wuppertal-Elberfeld.

Verschiebungen unter den Wahlkreisen.

• **Berlin**, 8. Oktober.

Durch Verordnung des Preußischen Staatsministeriums über die Neugliederung von Landkreisen vom 1. August 1932 nebst Ergänzungsverordnung vom 27. Sept. d. J. hat sich die Zugehörigkeit verschiedener Gemeinden zu den Reichstagswahlkreisen verschoben. Infolge Zuteilung zu einem anderen Regierungsbezirk wählen in einem neuen Regierungsbezirk und damit in einem neuen Wahlkreis einige Gemeinden des bisher zum Wahlkreis 7 gehörenden, jetzt dem Regierungsbezirk Liegnitz und Wahlkreis 8 angehören. Auch zwischen den Kreisen Magdeburg, Hannover-Ost, Süd-Hannover-Braunschweig treten einige kleine Umschiebungen ein. Die Landkreise Grafschaft Schaumburg und Wetzlar haben zwar ihre Regierungsbezirke gewechselt, wählen aber in ihren alten Wahlkreisen Nr. 17 (Westfalen-Nord) und Nr. 19 (Hessen-Nassau), weil sie auch zu diesen Wahlkreisen gehörig, in der Wahlkreiseinteilung des Reichswahlgesetzes namentlich aufgeführt sind.

Die Reise des Kanzlers nach München.

× **Berlin**, 9. Oktober.

Reichskanzler von Papen, der, wie angekündigt, am Montag nach München fahren wird, wird vorher, wie die Deutsche Allgemeine Zeitung meldet, zur Besprechung der außerordentlich wichtigen Fragen, die er mit der bayerischen Regierung erörtern will, eine Konferenz mit den beteiligten Ressortministern haben.

Reichsaußenminister Freiherr von Neurath, der zur Zeit noch auf Urlaub in Süddeutschland weilt, wird sich voraussichtlich mit Reichskanzler von Papen auf dessen süddeutscher Reise am Mittwoch in München treffen, um gemeinsam mit dem Reichskanzler nach Berlin zurückzukehren.

Die Deutsche Volkspartei gegen die Kontingentierungspolitik.

⊙ **Erfurt**, 9. Oktober.

Auf der Tagung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei wurde Abgeordneter Dingeldey durch Zuruf als Parteivorsitzender wiedergewählt. In seinem politischen Bericht sagte er u. a.: Weil die Deutsche Volkspartei Taten von der Regierung sehe, stehe sie hinter ihrer Autorität. Die Regierung wäre aber nicht gut beraten, wenn sie einseitigen Gedankengängen in handelspolitischen Fragen nachgehe. Die Deutsche Volkspartei wolle den Schutz der heimischen Arbeit, besonders auch die Rentabilität der Landwirtschaft. Es dürfe aber nicht durch eine Politik der Kontingente, die den Abwehrwillen anderer Länder hervorrufe, die deutsche Ausfuhr geschädigt werden. Die Deutsche Volkspartei habe wieder ein technisches Wahlabkommen mit den Deutschnationalen getroffen.

Wieder 50prozentiger Stimmenverlust der NSDAP.

× **Gerdauen** (Ostpreußen), 9. Oktober.

Bei den heute hier abgehaltenen Stadtverordnetenwahlen blieb die Wahlbeteiligung mit 64 Prozent weit hinter der der letzten Reichstagswahl (94 Prozent) zurück; bei der letzten Landtagswahl hatten 88 Prozent und bei der Stadtverordnetenwahl im Jahre 1929 = 78 Prozent der Wählerschaft ihre Stimme abgegeben. Bei der heutigen Wahl entfielen auf NSDAP. 483 Stimmen (bei der letzten Reichstagswahl 1074, bei der letzten Landtagswahl 990 und bei der Stadtverordnetenwahl im Jahre 1929 = 126 Stimmen), SPD. 593 (gegen 898 bezw. 1041, bezw. 1011), Bürgerliche Einheitspartei (umfassend Deutschnationale, Deutsche Volkspartei und Wirtschaftspartei, wahrscheinlich auch Zentrum 164 (gegen 213, bezw. 260, bezw. 944), KPD. 170 (gegen 217 bezw. 107, bezw. 0), Christlich-Soziale 151 (gegen 101 bezw. 116, bezw. 0). An Mandaten erhalten NSDAP. 4 (bisher auf Grund der Wahl von 1929 = 1), SPD. 6 (8), Bürgerliche Einheitsliste 4 (7), KPD. 1 (0), Christlich-Soziale 1 (0).

Disziplinarverfahren gegen Dr. Weismantel.

× **Berlin**, 9. Oktober.

Zu der Zurückziehung der Klage des Staatssekretärs Dr. Weismann gegen den Bücherrevisor Lachmann wird von zuständiger preußischer Stelle erklärt, daß nunmehr eine neue Lage entstanden sei und daß das preußische Staatsministerium die Akten prüfen werde, um festzustellen, ob die Unterlagen zur Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen Dr. Weismann ausreichten.

Wie die Telegraphen-Union erfährt, hat Staatssekretär a. D. Dr. Weismann die Rücknahme seines Strafantrages gegen den Bücherrevisor Philipp Lachmann damit begründet, daß er nunmehr, nachdem er in den Ruhestand getreten sei, außerdem auch aus Gesundheitsrücksichten an der weiteren Verfolgung der Angelegenheit kein Interesse habe.

„Graf Zeppelin" zur achten Südamerikafahrt gestartet.

⊙ **Friedrichshafen**, 9. Oktober.

„Graf Zeppelin" ist heute abend 22,44 Uhr unter Führung von Kapitän Lehmann zu seiner achten Südamerikafahrt nach Pernambuco gestartet. An Bord befinden sich zwölf Passagiere, darunter Ministerialdirektor Dr. Brandenburg vom Reichsverkehrsministerium, Reichsbahn-Generaldirektor Dr. Dorpmüller, Admiral Zenker vom Reichswehrministerium, Kontreadmiral Settle, der Sieger in diesjährigen Gordon-Bennett-Flug. Von Pernambuco geht die Fahrt nach Rio de Janeiro.

Bestialischer Raubmord.

Autobesitzer auf der Landstraße ermordet.

◇ **Grünberg**, 9. Oktober.

In der Nacht zum Sonntag wurde von einem Motorradfahrer auf der Chaussee Grünberg—Berlin ein völlig zertrümmerter Personenkraftwagen vorgefunden. Im Innern des Wagens lag der Besitzer, der Chauffeur Paul Sarnowski aus Grünberg, mit eingeschlagener Schädeldecke. Die auf telephonischen Anruf des Motorradfahrers herbeigeeilte Polizei nahm sofort die Untersuchung auf. Bei der Untersuchung des Toten fand man am Hinterkopf eine Schußwunde vor. Es handelt sich um einen Raubmord.

Piccards Welthöhenrekord anerkannt

◆ **Basel**, 9. Oktober.

Die Federation aéronautique internationale hat nach Einsicht der ihr vom Aeroclub der Schweiz zugestellten Akten den Stratosphärenflug des Professors Piccard vom 18. August folgendermaßen festgelegt: 1. absoluter Welthöhenrekord, 2. internationaler Höhenrekord (Ballon) achte Kategorie (Inhalt von mehr als vier Kubikmeter) mit 16 201 Metern.

Kleine Nachrichten.

Reichskanzler a. D. Dr. Brüning, der zurzeit in Badenweiler Erholung sucht, wird in dem bevorstehenden Wahlkampf aus gesundheitlichen Gründen nur an einigen Plätzen reden können. Bis jetzt ist bekannt, daß er in Köln und in Hagen in Kundgebungen der Zentrumspartei sprechen wird.

Wie die „Vossische Zeitung" erfährt, hat der Kommandeur der Berliner Schutzpolizei, Oberst Heimannsberg, der am 20. Juli dieses Jahres zwangsweise seinen Posten verlassen hatte und bis jetzt beurlaubt war, dem kommissarischen preußischen Innenminister, Dr. Bracht, sein Abschiedsgesuch eingereicht. Diesem Abschiedsgesuch wird stattgegeben werden, doch sind die Formalitäten noch nicht völlig erledigt.

Der Parteiausschuß des Deutschen Landvolkes hat in seiner gestrigen Tagung einstimmig beschlossen, daß die Landvolkpartei bei der bevorstehenden Reichstagswahl mit eigenen Listen vorgehe. Verhandlungen zum Zusammengehen mit anderen Gruppen stehen vor dem Abschluß.

Die sozialdemokratische Fraktion des Preußischen Landtages fordert in einem Antrag, daß die Badepolizeiverordnung und die sogenannte Zwickel-Verordnung Brachts die „in der ganzen zivilisierten Welt allgemeine Heiterkeit" erregt habe, aufgehoben würden und der Landtag Gelegenheit erhalte, entsprechend § 25 Abs. 2 des Polizeiverwaltungsgesetzes zu den Verordnungen Stellung zu nehmen.